



Arbeitsgericht Berlin:

Christliche Gewerkschaft CGZP nicht tariffähig

01.04.2009 bza // Die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP) ist nicht tariffähig. Dies hat das Arbeitsgericht Berlin mit seinem heutigen Urteil entschieden und damit einer gemeinsamen Klage der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit und der Gewerkschaft ver.di stattgegeben.

Mit heutiger Pressemitteilung führt das Arbeitsgericht aus:

„Das Arbeitsgericht hat in seiner heutigen mündlichen Verhandlung auf Antrag des antragsberechtigten Landes Berlin festgestellt, dass die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP) nicht tariffähig im Sinne des Gesetzes ist. Zur Begründung hat es im Wesentlichen ausgeführt, es fehle der CGZP an der erforderlichen „Sozialmächtigkeit“ im Sinne der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts. Das Bundesarbeitsgericht setze für die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie voraus, dass die jeweiligen sozialen Gegenspieler über eine Durchsetzungskraft gegenüber der tariflichen Gegenseite verfügen. Das Arbeitsgericht vermochte eine solche Durchsetzungsfähigkeit der CGZP nicht festzustellen. Dass die CGZP eine Reihe von Tarifverträgen abgeschlossen habe, führe, im Gegensatz zum Regelfall, nicht zu einer Indizwirkung für eine Sozialmächtigkeit. Denn in der vorliegenden Konstellation der Zeitarbeit müsse die Arbeitgeberseite nicht zum Abschluss eines Tarifvertrages „gedrängt“ werden, vielmehr habe sie ihrerseits ein massives eigenes Interesse daran, überhaupt einen Tarifvertrag abzuschließen, weil nur so dem „Equal-Pay-Gebot“ in § 9 Nr. 3 AÜG entgegengewirkt werden könne. Sonstige Merkmale wie beispielsweise die Mitgliederzahl in den Organisationen, hätten ebenfalls nicht für das Vorliegen einer „Sozialmächtigkeit“ gesprochen. Hieraus ergebe sich, dass von einer Tariffähigkeit der CGZP nicht auszugehen sei. Gegen die Entscheidung ist die Beschwerde zum Landesarbeitsgericht möglich. Az.: 35 BV 17008/08“

Dieses Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Es ist damit zu rechnen, dass es vor dem Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg angefochten wird. Über die weiteren Entwicklungen werden wir Sie zeitnah informieren.
